



■■■ HEINRICH BÖLL STIFTUNG

RABAT

Marokko

CORONA IN MAROKKO
SOZIAL BENACHTEILIGTE IM
GESUNDHEITSNOTSTAND

Von Reda Zaireg, Journalist
Mai 2020

CORONA IN MAROKKO

SOZIAL BENACHTEILIGTE IM GESUNDHEITSNOTSTAND

Über den Journalisten

Reda Zaireg ist freischaffender Journalist. Nach ersten Arbeiten für TelQuel im Jahr 2013 wurde er Redaktionsmitglied bei Medias24 und wechselte anschließend zur Huffington Post Marokko. Er schreibt für Associated Press, Middle East Eye und Orient XXI.

EINFÜHRUNG

EINFÜHRUNG

In Marokko hat der Gesundheitsnotstand Ungleichheiten innerhalb des sozialen Gefüges hervortreten lassen. In prekären Verhältnissen lebende und häufig marginalisierte Migrantinnen und Migranten sehen sich unvermittelt ohne jegliche Einkünfte und abgeschnitten von den traditionellen Solidarnetzwerken, die ihnen bislang das Leben (und Überleben) ermöglichten. Tagelöhner sind, wenn nicht ihrer Arbeitsmöglichkeiten gänzlich beraubt, so doch in ihrer Bewegungsfreiheit und ihren Arbeitszeiten beschränkt. Menschen mit Behinderung werden durch ihre geringere Mobilität zusätzlich benachteiligt, während Obdachlose in die Risikokategorie eingestuft und in Behelfsunterkünften unterbracht werden, die sie nur schwer wieder verlassen können, um ihr tägliches Brot zu verdienen. In den ärmsten Wohnvierteln haben die neuen Regeln zur Nutzung des öffentlichen Raums zudem Handel oder Dienstleistungen ebenso stark eingeschränkt wie die Versorgungswege: Einige der Märkte wurden geschlossen, in anderen wurde das Personal reduziert.

Diese gesellschaftlichen Gruppen sind weitgehend unsichtbar: Weder in der Politik noch in den Medien sind sie entsprechend repräsentiert, außer als Chiffren, denen man vage formulierte Probleme oder Bedürfnisse zuschreibt. Ohne öffentliche Stimme, ohne dass ihre Forderungen von den Gewerkschaften oder den Medien aufgegriffen werden, bleibt ihnen in Zeiten des Gesundheitsnotstands nur die Zivilgesellschaft, die allerdings kaum Gehör findet.

Haben die neuen Auflagen im Gesundheitswesen bei den am stärksten benachteiligten sozialen Schichten, die meist im Freien ihrer Erwerbstätigkeit nachgehen, bereits einen großen Tribut gefordert, so beschränken sich ihre Folgen jedoch nicht allein darauf. Verstärkt hat sich mit ihnen auch die körperliche, psychische und symbolische Gewalt, die auf die verletzlichsten Gruppen und Einzelpersonen, insbesondere auf Frauen ausgeübt wird. Infolge der Ausgangs- und Kontaktsperre nimmt häusliche Gewalt signifikant zu. Frauen drohen an der erhöhten körperlichen und mentalen Belastung zu zerbrechen - die Aufgabenteilung im Haushalt ist alles andere als paritätisch. Arbeiterinnen, unter ihnen vor allem die Saison- und Fabrikarbeiterinnen, sind noch stärker als sonst Verletzungen des Arbeitsrechts und Gesundheitsrisiken ausgesetzt.

DIE ABGEHÄNGTEN

DIE ABGEHÄNGTEN

Nach einer ersten Anfrage vor einigen Wochen hatte er sich bereiterklärt, seinen Alltag während des Gesundheitsnotstands zu schildern. In der Zwischenzeit wurde in der Presse und im Rundfunk mehrfach über die Müllabfuhr berichtet, und ein breiteres Publikum konnte sich mit den Erlebnissen der Müllmänner und ihren Problemen vertraut machen - was völlig folgenlos blieb. *„Alles ist genau wie zuvor. Unsere Schutzausrüstung taugt nichts, die uns zur Verfügung gestellten Masken sind Billigware“* beschwert sich Mohamed. *„Bei unseren Arbeitsbedingungen hätte sich [der Betriebsbeauftragte] wenigstens um bessere Schutzausrüstung bemühen können“* schimpft er.

Die Anerkennung, die den Müllmännern zuteil wurde, erfüllte diese zu Beginn der Pandemie zunächst mit Stolz, später dann mit einer gewissen Belustigung. Heute winken sie nur noch genervt ab. *„Das hat keine Auswirkungen auf unseren Arbeitsalltag. Nur Gott schützt uns noch. Wir haben weder vorschriftsmäßige Desinfektionsmittel, noch Schutzkleidung, noch eine soziale Absicherung“* sagt Khalid, ein anderer Müllmann.

„Für uns ändert sich nichts“.

Seit einigen Wochen stehen Paketbot/innen, Kassierer/innen, Krankenpfleger/innen, Ärzt/innen, Müllmänner/frauen im Mittelpunkt eines öffentlichen Rituals, kurz: alle Personen mit systemrelevanten Aufgaben, von denen erwartet wird, dass sie ungeachtet der Umstände zu erfüllen sind. Sie werden als Helden und Heldinnen dargestellt. Über sie wird berichtet, die sozialen Netzwerke sind voll mit Lobeshymnen, die die Alltagshelden feiern. Großformatige Porträts konzentriert arbeitender, unerschütterlicher Menschen, deren Tätigkeit glorifiziert wird, tauchen an den öffentlichen Plätzen der Wohnviertel auf; stets wird ihnen gedankt. *„Aber für uns ändert sich nichts“*, sagt Mohamed* (Vorname geändert), über eine Zeitarbeitsfirma angestellter Müllmann in Casablanca. Er befürchtet das Schlimmste.



Prekär, risikobehaftet, unterbezahlt: Das ist zu einem großen Teil die Situation derjenigen, die während des Gesundheitsnotstands systemrelevante Berufe ausüben. Die Lockerung der Arbeitsaufsicht in den Betrieben führt tendenziell zu Verstößen gegen geltendes Arbeitsrecht, betriebliche Vorschriften und Arbeitsabläufe, und es sind nicht allein die Müllmänner, die das zu spüren bekommen: Mehrere Infektionsherde wurden unlängst in Fabriken in Casablanca, Tanger und Larache entdeckt. „Die Arbeitsinspektion ist leider [während des Gesundheitsnotstands] nicht vor Ort“ bedauert Abdelali Gmira, Generalsekretär des Gewerkschaftsbunds CGT (Confédération générale du travail). „Wir fordern vom Staat, wenn die Leute schon zur Arbeit gehen müssen, dass zumindest die Hygiene- und Sicherheitsvorschriften eingehalten werden, die das Leben der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schützen sollen. Darauf ist genauestens zu achten“ betont er.

Mindestens einer der Werksstandorte, an dem ein Ausbruch von Covid-19 entdeckt wurde, betrifft mehrheitlich Frauen. Die Arbeitnehmerinnen forderten die Schließung dieser Niederlassung, was von der Firmenleitung zurückgewiesen wurde. Die Geographin Chadia Arab, die unter dem Titel „Dames de fraises, doigts de fée“ ein Buch über marokkanische Saisonarbeiterinnen in Spanien verfasst hat, hält „den Umstand, eine Fabrik nicht zu schließen, in der ein erster Fall von Covid aufgetreten ist, für einen Gewaltakt gegenüber den betroffenen Frauen. Allein, dass diese Frauen die Schließung zu fordern gewagt haben, war schon eine mutige Entscheidung von ihnen. Hier geht es um bedürftige Frauen, die auf die Arbeit angewiesen sind, und dennoch ist ihnen auch bewusst, dass sie an dieser Epidemie sterben können. Sie sind das Wagnis eingegangen. Als Antwort hat man ihnen die Schließung verweigert. Das sagt leider nur allzu deutlich, welchen Wert man dem Leben dieser Frauen beimisst. Hier zeigt sich, dass Menschenleben nicht zählen, und dass keine Gleichberechtigung herrscht, wenn es um Maßnahmen wie Ausgangssperre und Arbeitsgenehmigungen geht“.

In Marokko stellen zahlreiche Firmen, ja sogar ganze Branchen, in denen Fingerfertigkeit gefragt ist, bevorzugt weibliches Personal ein. Diese geschlechtsspezifische Personalentscheidung ist häufig dadurch motiviert, dass die Arbeitgeber sich gefügte Arbeitskräfte wünschen und in deren Weltbild Frauen idealerweise als ruhige und unterwürfige Arbeitskräfte gelten. Hinzu kommt die Ausbeutung der prekären Lage der Frauen durch den Arbeitgeber. „Diese Frauen waren gezwungen zu arbeiten, um zumindest ihren Lebensunterhalt zu verdienen, sie sind zum Stillschweigen verpflichtet und dürfen keine Auskunft geben über ihre entwürdigenden Arbeitsbedingungen und über die Gewalt, die ihnen angetan wird. Ihre bescheidenen Lebensumstände erklären, warum sie williger, formbarer, belastbarer sind. Sie sind kaum gewerkschaftlich organisiert und haben Angst davor, sich gegen Entscheidungen aufzulehnen oder gemeinsam Widerstand zu



Crédit : Yassine Toumi



leisten. Die Arbeitgeber sind dagegen häufig Männer. Die Machtverhältnisse beruhen auf zwei Aspekten, die Diskriminierung verläuft zweigleisig: sozial und geschlechtsspezifisch. Das erklärt, warum man diese Frauen schlechter behandelt als manche Männer“, so die Geographin.

Chadia Arab, deren Arbeiten sich mit Fragen von Migration, Frauenbeschäftigung und Machtverhältnissen zwischen den Geschlechtern befassen, skizziert beispielhaft das Profil von werktätigen Frauen und Saisonarbeiterinnen: „Im Grunde genommen handelt es sich sehr häufig um arme und in prekären Verhältnissen lebende Frauen, die zum Arbeiten gezwungen sind, um den Familienunterhalt zu bestreiten. Meine Erhebungen unter den marokkanischen Saisonarbeiterinnen in Spanien, von denen einige teilweise auch als Landarbeiterinnen in Marokko tätig sind, beziehen sich auf Frauen aus einfachen sozialen Verhältnissen. Sie sind häufig Analphabetinnen, haben eine geringe Schulbildung, und viele von ihnen befinden sich zudem in schwierigen Familiensituationen. Sehr häufig stößt man auf Sozialprofile, die der alleinerziehenden Frau entsprechen (Witwen, geschiedene Frauen und seltener auch alleinstehende, unverheiratete Frauen). „Sie seien häufig prekariert durch Scheidung oder das Versterben des Ehepartners. Die wirtschaftliche und soziale Armut prägt das Leben dieser Frauen und zwingt sie zu arbeiten, teilweise auch zu geringen Löhnen, um zum Familienunterhalt beizutragen“, führt die Geographin aus.



Crédit : Yassine Toumi

Eine Serie von Kurzporträts, die von der Gruppe JFD (Jeunes femmes pour la démocratie) ausgestrahlt wurde, bietet einen Überblick über die schwierigen Arbeitsbedingungen von Frauen im marokkanischen Agrarsektor während der Pandemie. „Wir haben keine Sozialversicherungsnummer, wir haben gar nichts. Wir steigen zu zwanzigst auf einen Pick-up, sitzen dort auf engstem Raum aneinandergedrängt“, schildert Ibtissam. „Stirbt man, so ist es, als ob ein Tier vor ihren Augen verenden würde“, fügt sie hinzu. „Wir arbeiten von 5 Uhr morgens bis 17 Uhr am Nachmittag“, ohne jede soziale Absicherung, bekräftigt Asmaa, eine weitere Landarbeiterin. „Beim geringsten Fehler werden wir brutal misshandelt und unserer Würde beraubt“, klagt sie.

Diese Frauen sind häufig verschiedenen Formen von Gewalt ausgesetzt. „Wirtschaftliche Gewalt, da sie schlechter bezahlt werden als die Männer. Auch bestimmte andere Verletzungen ihrer Rechte werden dadurch begünstigt, dass es sich um Frauen handelt. Ich denke insbesondere an sexuelle Gewalt, wenn in entwürdigender und inakzeptabler Form Geschäfte gemacht werden, bei denen sexuelle Gunsterweisungen mit Arbeit und Lohn vergütet werden. Gewalt findet auch im Zusammenhang mit schlechter Behandlung und kaum erträglichen Arbeitsbedingungen statt. Die genutzten Verkehrsmittel sind häufig ungeeignet. Oft werden die Frauen gezwungen, über die Misshandlungen und Machtdemonstrationen Stillschweigen zu bewahren, wenn sie nicht ihre Arbeit verlieren wollen. Mit anderen Worten: Gegen sie häufen sich die diversen, eng miteinander verknüpften Formen von Gewalt - wirtschaftliche, soziale, aber auch politische und symbolische Gewalt“, erklärt Chadia Arab.

NICHT WISSEN WOHNEN

In Guich Loudaya erdulden die Einwohnerinnen alle vier Formen der Gewalt gleichzeitig. Ihnen gegenüber den Gesundheitsnotstand oder die Ausgangs- und Kontaktsperre zu erwähnen, wirkt völlig abwegig. „Von welchem Gesundheitsnotstand reden Sie? Wohin sollen wir uns denn Ihrer Ansicht nach zurückziehen? Wir leben unter Plastikplanen“, wundert sich eine der dort lebenden Frauen.

Seit dem Abriss des Viertels Ouled Dlim im Jahr 2014 hausen 17 in Guich Loudaya ausharrende Familien unter einem Behelfsdach, in Erwartung einer Umsiedlung, die nicht stattfindet. Vor sechs Jahren bei der Vergabe von Ausweichquartieren leer ausgegangen oder versuchsweise mit lächerlich geringen Entschädigungen abgespeist, campieren diese Familien weiterhin am Ort ihres angestammten Wohnviertels, „wartend auf den Tod, oder darauf, dass sich eine Lösung findet“, wie es fatalistisch eine der Bewohnerinnen formuliert. „Bis dahin bleiben wir in unseren Aâchouch“.

Die „aâchouch“ (Nester), aus zusammengewürfelten Materialien erstellte Konstruktionen, tragen unverkennbar die Züge von Behelfsunterkünften, wie sie vielerorts in Marokko aus dem Boden schießen, Symbole der zerfallenden und von Ungleichheiten geprägten Modernität des Landes: Holzplatten - einige davon tragen Schriftzüge, die daran erinnern, dass sie in ihrem früheren Leben als Obst- und Gemüseboxen dienten - fungieren als Trennwände; als Dach kommen dicke Plastikplanen oder große Werbeplakate zum Einsatz, auf denen noch das neueste Fernsehmodell aus dem letzten Jahr zu sehen ist; entlang der Trennwände eine Wandverkleidung aus Pappmaché oder längs und quer gespannten Stoffbahnen. Ziegelsteine und größere Steinbrocken stützen diese Behausungen, die im Winde wackeln.

Im Winter leitet das feucht gewordene Holz die Kälte verlässlich nach innen. In den Behausungen ist es eiskalt. Im Sommer heizt die brennende Sonne das Plastik auf und lässt einen Treibhauseffekt entstehen; die Bewohner/innen schwitzen in drückender Hitze und teilen sich den beengten Raum mit „Ratten, die auf uns herumspringen und einem der Kinder eine Brustwarze abgenagt haben“, wie eine der Bewohnerinnen gesteht. „Was für ein Leben wird es haben, ein Kind, das unter einem Zeltdach geboren wurde und auf dem Asphalt zwischen den fahrenden Autos laufen lernt?“, pflichtet ihr eine andere Frau aus dem Lager bei.

Täglich, vom Morgenmagazin bis zur Spätausgabe, zählt ein Sprechchor von Ärzt/innen und Fernsehmoderator/innen die Vorbeugungsmaßnahmen gegen das Coronavirus auf: Anleitungen zum Händewaschen, wie gründlich man sich die Hände waschen soll, wie lange und wie häufig. Hier, in Guich Loudaya, wirken diese Ratschläge weltfremd; fast könnte man sich in einem Flüchtlingslager wähnen, es fehlt an den einfachsten Hygienevorrichtungen. Die nächste Wasserquelle ist ein Hydrant; zweckentfremdet dient er als Ersatzwasserhahn. Nachts sind Kerzen die einzige Lichtquelle. „Und jetzt sagt man uns, dass die Kinder auf Distanz unterrichtet werden, wo sie hier doch weder elektrischen Strom noch Internet haben“, meldet sich eine Bewohnerin zu Wort, Ironie liegt in ihrer Stimme. Für Lebensmittel ist die einzige Versorgungsmöglichkeit in der Umgebung ein kleiner Lebensmittelladen, „in dem die Preise nicht festgelegt sind, sondern über den Daumen gepeilt werden, alles horrend teuer“, beklagt sie sich. Vor einigen Tagen hatte einer der jungen Männer aus dem Lager selbst einen Stand aufgebaut, an dem er Gemüse verkaufen wollte. Mit knapp 30 und seit sieben Jahren arbeitslos, wollte er sich so seinen Lebensunterhalt verdienen und die Familien während des Gesundheitsnotstands mit Frischware versorgen. „Die Behörden haben den Stand sofort abgerissen“, empört sich eine Frau. „Es ist mein Sohn. Er arbeitet, wann immer er kann, häufig als Tagelöhner, zum Beispiel als Parkplatzwächter oder Ähnliches, wenn sich die Gelegenheit ergibt“, fährt sie fort. „Jetzt, im Gesundheitsnotstand, gibt es keine Arbeit mehr“, bedauert die Mutter. Sie selbst arbeitet in einem Hamam und versucht, ihren Sohn mehr schlecht als recht mit zu versorgen, zumal „er raucht und das Geld braucht“, wie sie sagt. „Sie haben unsere Häuser zerstört, unsere Geschäfte abgerissen. Was erwarten sie überhaupt noch von uns?“

Anfang April hatte Marokko Hilfgelder für Haushalte des informellen Sektors ohne eigene Einkommensquellen während des Gesundheitsnotstands bereitgestellt. Die Unterstützung, die durch einen gleichzeitig aufgelegten und mit öffentlichen und privaten Spenden ausgestatteten Sonderfonds finanziert wird, reicht von 800 Dirham pro Monat für Alleinstehende und kinderlose Paare bis 1.200 Dirham für Familien mit mehr als vier Personen. Als die Familien von Guich Loudaya den Versuch unternahmen, diese Hilfgelder zu beantragen, wurde ihnen die Absurdität ihrer Lage bewusst: Für die öffentliche Verwaltung existieren sie nicht. „Als wir versucht haben, unsere Daten auf dem Internet-Portal einzugeben, erschien der Hinweis, dass unsere Personalausweise ungültig seien, da sie noch die Ortsangabe Ouled Dlim enthielten und dieses Viertel aus den behördlichen Karten gestrichen wurde“, erläutert eine Bewohnerin.

Einer vom 14. bis 23. April 2020 von der hochrangigen Planungsbehörde HCP (Haut-commissariat au plan) durchgeführten Umfrage zufolge profitierten nur 12,9% der informellen, in das RAMED-Register [medizinisches Hilfsprogramm für besonders Bedürftige] eingetragenen Haushalte von den staatlichen Ausgleichszahlungen. Unabhängig von der Erfassung bei RAMED oder der CNSS [staatliche

Sozialversicherung] haben 60 Prozent der Haushalte, in denen mindestens eine Person ihren Arbeitsplatz verloren hat, Probleme beim Zugang zu öffentlichen Hilfgeldern. 59 Prozent von ihnen sind nachweislich registriert, erhalten jedoch noch keine Zuwendungen.

In Guich Loudaya sind die Probleme noch weitreichender. Die von den kommunalen Behörden ausgestellten Ausgangsbewilligungen wurden den Einwohnern schlicht und einfach verweigert: „Vom zuständigen Ortsaufseher (Moqaddem) haben wir die Auskunft erhalten, dass er auch noch anderes zu tun habe, als uns zu überwachen“, berichtet unsere Gesprächspartnerin.

„Für die Bezirksverwaltung (Mouqataâ) unseres Viertels zählen wir nicht. Für den Moqaddem zählen wir nicht. Wir wissen nicht mehr, für wen wir überhaupt noch zählen“, erregt sich eine andere Bewohnerin. „Nicht nur die Hilfgelder enthält man uns vor. Auch Marokko wird uns entrissen. Die meisten von uns haben noch nicht einmal einen Personalausweis. Der Staat erkennt uns nicht an. Sogar die Krankenhäuser weisen uns ab“, fügt eine dritte Bewohnerin des Lagers hinzu. „Fehlt nur noch, dass sie uns die Bulldozer schicken, um uns unter die Erde zu bringen. Ich weiß nicht mehr, wer wir sind. Sind wir noch Marokkaner?“, ruft sie empört.

„Es ist wichtig, den Akzent auf die Wohnungsfrage zu setzen“, sagt Soraya El Kahlaoui, Soziologin und Regisseurin des Dokumentarfilms *Landless Moroccans*, mit dem sie den Kampf der obdachlosen Bewohner/innen von Guich Loudaya dokumentiert hat. „Man spricht immer über die informelle Beschäftigung, die ganz offensichtlich eine wichtige Rolle spielt, vergisst aber als zentralen Aspekt die Wohnsituation. Ich denke, dass sich mit der weltweiten Aufforderung, zuhause zu bleiben, die Frage des Rechts auf Wohnen für alle und des menschenwürdigen Wohnens noch einmal ganz neu stellt“, so ihre Einschätzung.

In den einfachen, stark verdichteten Wohnvierteln lebt man auf engstem Raum, was auf die Dauer nur um den Preis täglicher Kompromisse und Anpassungen tragbar ist. Die Ausgangssperre

hat den Belegungsrythmus der Wohneinheiten grundlegend verändert: Während zuvor die Mitglieder kinderreicher Familien die Wohnung in der Regel zu unterschiedlichen Tageszeiten nutzten - die einen schliefen nachts, die anderen tagsüber; die einen verließen das Haus zu einem bestimmten Zeitpunkt, die anderen blieben zu einem bestimmten Zeitpunkt zuhause - oder sich bisweilen sogar darauf beschränkten, die heimische Unterkunft nur als Schlafstätte zu nutzen, sehen sie sich nun in der Situation, ganze Tage gemeinsam miteinander verbringen zu müssen. Aus dieser Zwangslage entsteht ein beklemmendes Wohngefühl. Bilder von einfachen Wohnvierteln mit mehr oder weniger gelockerter Ausgangssperre wurden in den sozialen Netzwerken verbreitet und haben heftige Kritik auf sich gezogen. „Wenn aber die Wohnbedingungen nicht dem entsprechen, was eine angemessene, menschenwürdige Wohnung ausmacht, ist doch klar, dass die Leute geradezu gezwungen sind, rauszugehen, um Luft zu schnappen, eine Runde um den Block zu drehen usw., weil sie nicht die ganze Zeit eingeschlossen bleiben können. Auch die sozialen Beziehungen können belastet sein“, erläutert Soraya El Kahlaoui, die daran erinnert, dass eine „menschenwürdige Wohnung nicht nur ein Zimmer sein darf, in dem fünf Personen leben“.

Für die Soziologin „kann das Coronavirus eine Gelegenheit sein, die Stadtplanung und das Wohnen allgemein zu überdenken.“ Dass Abrissmaßnahmen in den informellen Wohnvierteln des Landes sowie staatlich betriebener Räumungen und Enteignungen in Marokko und anderenorts gestoppt werden, spricht ihrem Eindruck nach für eine Wiederbelebung der öffentlichen Debatte über ein Recht auf Gemeinschaftseigentum, und stellen eine Chance dar „für die Zivilgesellschaft, sofern sie sich für die Anerkennung eines Rechts auf Gemeinschaftseigentum einsetzen will; zugleich wird das Recht auf Privateigentum in seiner derzeit geltenden Form infrage gestellt, da es Privateigentum immer nur dann schützt, wenn es den Interessen der Großgrundbesitzer dient“, so die Ansicht von Soraya El Kahlaoui.

TROTZ ALLEM NACH DRAUßEN

aus etwas zu essen anzubieten.“ Mit dem Diplom in der Tasche, nach absolvierter Ausbildung in Schnitt- und Montagetechnik, hat er dreimal am offiziellen Auswahlverfahren für Techniker teilgenommen, erhielt jedoch keine Zulassung. Sein einziger Ausweg zum Überleben ist die Straße, auf die sich Tag für Tag Hunderte von blinden und sehgeschädigten Menschen hinauswagen, in der Hoffnung, sich etwas Kleingeld zu verdienen.

In Rabat sind die Passant/innen in der Innenstadt längst abgestumpft von dem Anblick sehbehinderter Menschen, die sich entlang der Hauptverkehrsstraßen aufreihen, einen Stock in der einen Hand, eine Auswahl von Tüchern fächerförmig in der anderen, oder die als unbewegliche Schatten im Umkreis der Cafés, Restaurants und beliebten Treffpunkte der Stadt ausharren. Kaum eines Blickes gewürdigt, leben sie von den kärglichen Einnahmen, die sie am Abend aus ihren Gabenbechern klaben.

Draußen, am Rande der Stadt teilen sie sich zu mehreren ein Zimmer. Jeden Morgen besteigen sie den Bus, um von Salé, einem Nachbarort, in die Innenstadt von Rabat zu gelangen. Die von ihnen feilgebotene Ware, für die sie mit einem Beitrag

in Vorkasse gehen müssen, besteht im Allgemeinen aus leichten, handlichen Produkten: Tücher, Kinderspielzeug usw. Diese Form des nur notdürftig kaschierten Bettelns sichert ihren Lebensunterhalt und hilft ihnen, ihre Würde zu bewahren. Bei Sonnenuntergang wird das Warensortiment zusammengelegt und wieder eingepackt; das schwindende Licht, das den Sehgeschädigten eben noch die Möglichkeit bot, die Welt der Sehenden zu durchdringen und den sie umgebenden Raum zu ermessen, erlischt. Nachts, jedes Lichtscheins beraubt, verschwinden sie in der Dunkelheit.

„Sei es in Rabat, sei es in Casablanca oder in Marrakesch, wir befinden uns alle in derselben Lage. Obwohl wir gut ausgebildet sind, leben wir vom Verkauf unserer Waren“ auf der Straße, erklärt Houssine. Mit dem Gesundheitsnotstand „hat sich unsere Mobilität, also die Möglichkeit, unseren Lebensunterhalt zu verdienen, sehr stark eingeschränkt“, sagt er.

Rund 150.000 Personen in Marokko haben ein beeinträchtigtes Sehvermögen, wie den Zahlenangaben des Ministeriums für Solidarität zu entnehmen ist. Viele von ihnen leben in prekären Verhältnissen und unter großen Entbehrungen. Seit

Während die Bewohner/innen von Guich Loudaya unter dem wachsamen - und, wenn man ihren Berichten Glauben schenkt, beunruhigten - Blick der Behörden zur Bewegungslosigkeit verdammt sind, bleibt anderen keine Wahl als sich immer wieder auf den Weg zu machen. In Marrakesch überlegt Houssine, gut ausgebildet, arbeitslos und sehbehindert, nicht lange, bevor er sich den Risiken des Gesundheitsnotstands ausliefert. Für ihn geht es nicht anders, denn „niemand wird an die Tür klopfen, um mir von sich

der Gesundheitsnotstand ausgerufen wurde, hat sich der nationale Interessenverband der arbeitslosen Blinden und Sehbehinderten mit Bildungsabschluss, dem auch Houssine angehört, mit drei dringenden Schreiben an die Regierung gewandt. Bis heute wurde vom Ministerium für Solidarität keine einzige konkrete Hilfsmaßnahme eingeleitet, wenn man von einem Online-Portal mit einer Reihe von pädagogischen Angeboten und Aufklärungshinweisen absieht, „ohne dass man sich gefragt hat, ob die Empfänger überhaupt etwas zu essen haben“, erregt sich Houssine. Die für informelle Haushalte vorgesehenen Hilfgelder sind seinen Angaben zufolge bei mehr als dreißig Wohnstätten sehbehinderter Menschen nicht angekommen. Großzügige Spender stehen ihnen zur Seite, wobei deren Gaben zugunsten der Menschen mit Sehbeeinträchtigung in den vier Städten Rabat, Casablanca, Marrakesch und Agadir aufgeteilt wird. Auch diese Unterstützung versorgt jedoch nicht sämtliche notleidenden Haushalte. Also gehen sie auf die Straße.

Houssine kennt die Straße und ist mit ihren Codes und Zeichen bestens vertraut. „Man muss clever sein, seine Chance nutzen, sonst reicht es nicht zum Leben“, sagt er. Sein bevorzugter Standort ist die Avenue Mohammed VI, in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs von Marrakesch. Das Zeitfenster, in dem man am meisten verdienen kann, sind die beiden Stunden vor der Mittagspause, oder auch die beiden Stunden vor Beginn des Âsr-Gebets. „Dann ist viel Betrieb draußen, die Leute kommen und gehen“, bekräftigt Houssine. Mit seiner Ausgangsbewilligung in der Tasche wagt er sich hinaus.

Auf der Straße sind seine Chancen, sich den Lebensunterhalt zu verdienen, vor allem mit seinem Talent verknüpft, die Leute auf sich aufmerksam zu machen und mit ihnen in Kontakt zu treten: Geht man auf die Passanten zu? Oder entscheidet man sich für die eher passive, sitzende Haltung, die Mitleid erregt oder beim Anblick der Warenauslage des fliegenden Händlers zum Kauf reizt? Die Strategie der Blinden und Sehbehinderten, deren Erfolgsaussichten stark davon abhängen, gesehen zu werden, besteht in erster Linie darin, sich an Verkehrsknotenpunkten

oder belebten Plätzen zu postieren, an Flaniermeilen oder Hauptverkehrsachsen - Räume, die von Menschenmassen durchströmt werden. Die Belegung von Räumen mit großem Publikumsverkehr führt zu einer harten Konkurrenz: An Handels- und Warenumschatzplätzen in bester Lage, an denen sich häufig mehrere fliegende Händler versammeln, führt die Revieraufteilung bisweilen zu Konflikten. Die Einstellung der Händler gegenüber den Blinden und Sehgeschädigten reicht von zähneknirschender Akzeptanz bis hin zur offenen Feindseligkeit. Es kommt vor, dass manche von ihrem Standort verjagt oder ihre Waren gestohlen werden.

Menschen mit Sehbeeinträchtigung, die als Straßenverkäufer arbeiten, bekommen nicht nur die Konkurrenz der Revierverteilung zu spüren, von der das Zusammenleben auf den Straßen geprägt ist. Sie müssen ihre Anwesenheit auch vor den Behörden rechtfertigen. Von Polizeibeamten kontrolliert und zu den Gründen seines Aufenthalts im Freien befragt, erklärt ihnen Houssine: „Wenn ich nicht rausgehen würde, hätte ich nichts zu essen, und wenn ich eine Alternative hätte, wäre ich nicht hier. Genau so sage ich ihnen das.“ Nach seiner Einschätzung sind „die meisten von ihnen verständnisvoll und mitfühlend. Es herrscht eine stillschweigende Solidarität zwischen uns und den Polizisten.“ Die Polizisten hätten zwar „ein Bewusstsein für unsere Lage“, müssten jedoch zugleich auch „das geltende Recht anwenden und uns [vor dem Coronavirus] schützen. Sie sitzen zwischen den Stühlen“, bemerkt er voller Verständnis.

„Diejenigen, in deren Händen die Entscheidung über den Gesundheitsnotstand lag, haben nicht an uns gedacht“, stellt Houssine mit Bestürzung fest. „Es hätte Hilfsmaßnahmen für Menschen mit Behinderungen geben müssen. Das sind die ersten, die so etwas brauchen. Sie [die staatlichen Entscheidungsträger] wissen doch, wie wir leben“, ruft unser Gesprächspartner aus, für den „die öffentlichen Institutionen unserem Schicksal gegenüber gleichgültig sind“.

„Die Situation ist katastrophal. Selbst wenn die Verantwortlichen irgendeinen Groll gegen uns hegen, wäre jetzt der Moment, ihn zu vergessen und uns zu Hilfe zu kommen. Wir sind schließlich zuerst einmal



Crédit : Yassine Touni

Marokkanerinnen und Marokkaner“, sagt Houssine noch mit etwas Hoffnung in der Stimme.

Der Gesundheitsnotstand wird von zahlreichen Personen, deren Tätigkeit sich im Freien abspielt, als Belastungsprobe wahrgenommen, er ist jedoch nicht in jedem Fall ein unüberwindliches Hindernis. Aziz, ein Gemüsehändler, hat seinen Karren gegen ein motorisiertes Lieferdreirad eingetauscht, mit dem er kreuz und quer durch die Stadt Marrakesch fährt. Anstatt in seinem gewohnten Souk auszuharren, in dem die kommunalen Behörden die Zahl der Verkaufsstände stark eingeschränkt haben, setzt er nun auf sein mobiles Angebot, um sich Einnahmen zu sichern.

„Der Aufseher des Innenministeriums (Kaid) hatte uns den Zutritt zum Souk verwehrt und uns befohlen, zuhause zu bleiben“, erinnert sich Aziz. „Als wir ihn fragten, von was wir leben sollten, meinte er, es gäbe doch staatliche Beihilfen.“ Obwohl er zwei Kinder zu versorgen hat, ist Aziz dadurch nur berechtigt, Hilfgelder in Höhe von 1.000 Dirham (ca. 92 Euro) zu beziehen. „Das deckt nicht einmal

unseren Lebensmittelbedarf“, beschwert sich der Gemüsehändler.

Aziz wandte sich daraufhin an seinen Vetter. Dieser, im Besitz des dreirädrigen Lieferwagens, war gerade zwangsbeurlaubt, da eine ganze Reihe von Branchen (Möbelhandel, Haushaltswaren etc.) während des Gesundheitsnotstands zum Erliegen gekommen waren. Gemeinsam durchstreiften sie die wohlhabenden Stadtviertel am Rande von Marrakesch. Die Lebensmittelgeschäfte - wenn sie überhaupt noch existierten - waren in diesen Vierteln überwiegend geschlossen und die nächsten Märkte lagen mehrere Kilometer entfernt. „Die Nachfrage ist da“, bestätigt Aziz, „aber wir mussten auch unser Angebot anpassen. Hier wollen die Leute nicht nur Kartoffeln, Zwiebeln, Karotten, Tomaten, das übliche Einerlei. Hier fragt man uns nach Avocados oder nach frischen Pilzen“, die er sich bemüht, auf dem Großmarkt zu beschaffen, wenn sie dort zu haben sind. Anderenfalls kauft er sie „beim Supermarkt in der Innenstadt zu Verbraucherpreisen“ ein und verkauft sie mit einem kleinen Aufschlag, „um die Transportkosten zu

decken und eine Gewinnmarge zu haben“, erklärt der Gemüsehändler. „Wenigstens eine kleine Marge“, fügt er hinzu.

Andere, besser organisierte Berufszweige, die gleichwohl zum informellen Sektor zählen, leiden noch stärker unter den Mobilitätsbeschränkungen und setzen zugleich diejenigen, die in ihnen arbeiten, einem erhöhten Ansteckungsrisiko aus. „Zwei von uns haben wir schon durch das Coronavirus verloren“, trauert Aziz, Kleintaxifahrer und Gewerkschaftsmitglied bei der CGT (Confédération générale du travail). „Von den anderen [mit dem Coronavirus infizierten Taxifahrern] sind manche wieder genesen, andere immer noch im Krankenhaus“, berichtet er. Denn „trotz aller Vorsichtsmaßnahmen wie dem Tragen einer Maske oder der Desinfektion von Händen und Fahrzeug - ein Risiko bleibt“, sagt der Gewerkschaftler. „Wir arbeiten an vorderster Front, mit permanentem Kundenkontakt“.

In Marokko gibt es mehr als 30.000 Kleintaxis. Im Jahr 2011 waren insgesamt 68.337 Taxifahrer im Land erfasst, aktuelle Zahlen gibt es nicht. Von einem zugelassenen Fuhrparkbetreiber beschäftigt, zahlen Taxifahrer eine Tagesmiete in Höhe von 100 bis 500 Dirham (ca. 9 bis 46 Euro) für ihr Fahrzeug. Häufig teilen sie sich zu zweit ein Fahrzeug und wechseln sich zwischen Tages- und Nachtschicht ab, bei recht bescheidenem Verdienst. Das Geschäft mit den Zulassungen, von dem in den meisten Fällen Personen profitieren, die mit dem Taxigewerbe nichts zu tun haben, wird oft als eine der letzten Nischen des Rentiersystems in Marokko beschrieben.

Das nach Ausrufung des Gesundheitsnotstands so viel weniger auf den Straßen unterwegs sind, hat die prekäre Lage der Taxifahrer noch verschärft. „Die meisten haben aufgehört“, sagt Aziz, der darauf hinweist, dass sie „kein festes Einkommen haben. Arbeiten sie, dann kommen sie über die Runden, arbeiten sie nicht, verdienen sie nichts“.

Unserem Gesprächspartner zufolge sind die vom Staat für die Arbeitnehmer/innen des informellen Sektors bewilligten Hilfgelder „nicht vielen Taxifahrern zugute gekommen.“ Einige von ihnen „laufen Gefahr, auf der Straße zu landen, da sie ihre Miete nicht mehr zahlen können“, bestätigt er. „Die Fahrer haben die Hoffnung und das Vertrauen verloren. Die Hilfgelder wurden nicht gleichmäßig verteilt; den Fahrern fehlt es an einer Krankenversicherung und ihr Arbeitsverhältnis ist alles andere als sicher“, zeichnet Aziz ein trauriges Bild der Lage. Seine Hoffnung richtet sich darauf, dass „der Staat dem von Filz und Korruption geplagten Sektor etwas mehr Aufmerksamkeit widmet. Er muss neu organisiert werden. Dem System der Beförderungslizenzen muss ein Ende gesetzt werden; die Fahrer sollen ein menschenwürdiges Leben führen dürfen; dazu gehört auch eine Krankenversicherung“.

„Die Beihilfen reichen nicht aus, um die informell Beschäftigten zu retten“, stellt Mehdi Alioua, Soziologe und Assistenzprofessor an der Universität Sciences Po in Rabat, das Offensichtliche fest. Seine Ansicht wird von Soraya El Kahlaoui geteilt. Nach ihrem Dafürhalten hat dies jedoch „vielen Marokkanerinnen und Marokkanern zu der Erkenntnis verholfen, dass die Menschen in diesem Land wirklich arm sind“. „Alle neigen dazu, die Realität der Armut in Marokko nicht wahrhaben zu wollen. Der Umstand, dass die Höhe der staatlichen Hilfgelder öffentlich bekanntgegeben wurde, hat den Marokkanerinnen und Marokkanern die Augen über das wahre Ausmaß der Armut“ ihrer bedürftigsten Mitbürger/innen geöffnet, denkt Soraya El Kahlaoui.

Nach Ansicht von Mehdi Alioua, der zur informellen Wirtschaft und zu Migrationsbewegungen forscht, brauchen die informell Beschäftigten „vor allem Austausch, Handel und Kommunikation“. Unter den derzeit herrschenden Bedingungen „ist das Social Distancing ein ungeeigneter Ansatz. In einer Gesellschaft wie der unsrigen lebt die Wirtschaft zu einem großen Teil von den vielfältigen sozialen Kontakten. Es geht um

eine vernetzte, vom Wissensaustausch geprägte Wirtschaft, die es der Gesamtheit der Menschen zu leben, oder jedenfalls den Ärmsten ermöglicht, zu überleben“.

Als Bindeglied der „Kreislaufwirtschaft“ sehen sich die Arbeitnehmer/innen des informellen Sektors mit ihren stark von der Mobilität abhängigen Tätigkeiten damit konfrontiert, dass, „wenn der Verkehr zum Erliegen kommt, diese Form der Wirtschaft nicht mehr funktioniert. Mit ihr entsteht mittelbar oder unmittelbar eine unvorstellbare Zahl von Gelegenheitsjobs. Nimmt man zum Beispiel den Obst- und Gemüsehandel, so denkt man häufig nicht an diejenigen, die auf den verschiedensten Ebenen daran beteiligt sind: Diejenigen, die für den Warenumsatz zuständig sind, diejenigen, die Lieferwagen be- und entladen, diejenigen, die die Ware bis zu den kleinen Souks befördern, die den Souk reinigen, den Souk organisieren usw“, zählt Mehdi Alioua auf.

„Was häufig vergessen wird, ist, dass ein Großteil der marokkanischen Wirtschaft keine moderne Wirtschaft ist. Sie ist mit der Moderne nur komplizierter geworden und hat mit der Globalisierung ein modernes Antlitz bekommen“, analysiert Alioua und erinnert an die althergebrachten Wurzeln dieser Wirtschaft, einer originär marokkanischen Wirtschaft: „Seit jeher waren die einzelnen Gemeinschaften sehr stark verfestigt, sozial sehr stark eingebunden in ihre subsidiäre Wirtschaft, und pflegten mehr oder weniger intensiven Kontakt mit anderen Gemeinschaften. Grundlage dessen war die Ortsveränderung, die Bewegung: Nomaden, Halbnomaden, Halbhirten, die Belieferung von Märkten, der Transsaharahandel etc“. Bestimmte Gemeinschaften entwickelten zudem einen „Schwarzhandel, um den Steuern und Razzien der Sultansherrschaft (Makhzen), zu entgehen. Man musste wissen, wie man zwischen den Maschen durchschlüpft“.

Heute ist das Land im Begriff, sich einzuigeln; die diversen Formen der Mobilität sind stark eingeschränkt. „Die ganze Welt ist davon betroffen. Aber Länder mit einer mehr oder weniger entwickelten Industrie und mit Formen der Wertschöpfung, die nicht auf dem Handel, sondern zunächst auf der industriellen Fertigung basieren, kommen besser durch die Krise“, beobachtet er.

Selbst unter der Voraussetzung, dass die vom Staat bereitgestellten Hilfgelder einem Großteil der betroffenen Haushalte zugute kämen, „sehe ich bei der aktuellen Form der marokkanischen Wirtschaft nicht, wie der Staat einer solch großen Zahl von Menschen weiterhin eine - wenn auch kärgliche und lächerlich geringe - Rente gewähren kann“, meint Mehdi Alioua. „Sofern das Leben nicht bald wieder normal verläuft, gibt es dafür keine Lösung. Die Lösung ist unmöglich: Sie betrifft zu viele Menschen. Der informelle Sektor ist riesig“.

Der Soziologe, der nach eigenem Bekunden einen pragmatischen Blick auf diese Frage wirft, ist der Auffassung, dass, wenn „die marokkanische Wirtschaft, deren Kern der informelle Sektor ist, nicht neu erfunden wird“, er nur dazu raten könne, „den informellen Handelskreislauf wieder in Gang zu setzen“ und dabei die sich aktuell bietende Chance zu nutzen, „den Stellenwert dieses Wirtschaftssektors und die Lage derjenigen, die darin arbeiten, zu überdenken“. Für ganze Berufsgruppen „ist es schwierig - und auch nicht immer wünschenswert - eine behördliche und staatliche Regulierung einzuführen. Das ist kein neoliberaler Standpunkt, ganz im Gegenteil: eher eine pragmatische Sicht. Es gibt eine ganze Reihe von Gelegenheitsjobs und Kleinbetrieben, die sich nur schwer formalisieren lassen, und für die man Zwischenlösungen finden muss. Trotz der Überlegungen zu diesem Thema und mehrerer bescheidener Projektansätze ist es dem Staat zu keiner Zeit im großen Rahmen gelungen, Lösungen zur Formalisierung, zur Einbindung in das Sozialversicherungssystem und für eine Verbesserung der Lebensqualität der Betroffenen zu finden“, führt Alioua aus.

Soraya El Kahlaoui ihrerseits hofft, dass die Zivilgesellschaft „ihre Prioritäten neu setzt. Wir haben gesehen, dass die Bekämpfung der Armut seit Beginn seiner Amtszeit das Anliegen Mohammeds VI. war. Dieses Aktionsfeld wurde daraufhin vom Staat übernommen und von der Zivilgesellschaft teilweise aufgegeben, die sich zu Lasten der sozialen Frage auf die Frage der bürgerlichen Freiheitsrechte konzentrierte“.

ERZWUNGENE ISOLATION

Noch schwieriger ist das Leben für Migranten/innen. In Marrakesch durchlebt Kris* (Vorname geändert), der nach eigenen Angaben vom „Verkauf“ lebte, eine schier endlose Geschäftsflaute. Als Staatsangehöriger eines englischsprachigen afrikanischen Landes arbeitete er bis vor einigen Monaten in einem Call-Center; seine englischen Sprachkenntnisse waren gefragt, an Jobangeboten mangelte es nicht, und die ausgeschriebenen Gehälter waren „schon in Ordnung“, wie er sagt. Nur dass er als Mitarbeiter ohne gültige Papiere nicht immer pünktlich ausgezahlt wurde und selten sein volles Gehalt erhielt. Einmal, „wegen eines Missgeschicks, kam ich nach der Mittagspause eine Stunde zu spät ins Büro. Mir wurde gekündigt, weil ich meinen Dienstposten verlassen hatte“, erinnert er sich. Nach diesem Vorfall beschloss er, sich selbständig zu machen.

In seinem Tätigkeitsfeld ist die Konkurrenz hart und unerbittlich, es lauern zahlreiche Risiken. „Man muss immer auf der Hut sein und aufpassen, dass man nicht von einem Kunden übers Ohr gehauen oder von der Polizei geschnappt wird“, schildert er die Lage. Vor allem aber muss man mobil sein.

Das Verbot von Botengängen oder Fahrten ohne triftigen Grund außerhalb der Grenzen des eigenen Stadtbezirks beraubt ihn seiner Einkommensquellen. „Ich darf mich jetzt schon eine ganze Weile nicht mehr fortbewegen, und das ist für mich schwierig“, beschwert er sich. Er mietet zusammen mit mehreren anderen Afrikaner/innen aus Ländern südlich der Sahara eine Wohnung und ist finanziell gut genug aufgestellt, um seinen Lebensunterhalt und eine Monatsmiete zu bezahlen, aber „das war es dann auch schon“, bekräftigt Guillaume. Auch ganz gewöhnliche Besorgungen „vermeide ich, um nicht festgenommen zu werden“, sagt er. Da er über keinerlei Aufenthaltstitel verfügt, hat er kein

Anrecht auf eine Ausgangsbewilligung, wie sie von den kommunalen Behörden ausgestellt wird. Er befürchtet, von den Behörden aufgegriffen und danach von einer Stadt in die andere verschleppt zu werden. „Genauso ist es einem Freund von mir passiert“, bezeugt Guillaume.

Auch anderen Migranten/innen ist dieses Unglück widerfahren. Während die einheimischen Obdachlosen das Recht auf eine mehr oder weniger angemessene Unterkunft haben, werden Migranten/innen ohne festen Wohnsitz von einem Ort an den anderen verfrachtet oder in überfüllten Behelfsbauten eingepfercht. Seit Beginn des Gesundheitsnotstands sind etliche von ihnen „von den Behörden in den Süden des Landes verschleppt worden“, offenbart Sara Soujar, Ausländerrechtsbeauftragte der Antirassistischen Gruppe zur Verteidigung von Ausländern und Migranten (GADEM). In Nador sind knapp 200 obdachlose Migranten in einem Abschiebelager untergebracht worden, „ein abgeriegelter Bereich, in dem die Hygieneauflagen nicht eingehalten werden“, beklagt sie. Frauen und Kinder hingegen wurden nach Casablanca und Rabat gebracht.

Die Einweisung von obdachlosen Migrant/innen in überfüllte Heime sorgt für Spannungen. Anfang Mai brach in einer Unterkunft für Migrant/innen in Laâyoune ein Aufstand aus. Einer Pressemitteilung der Generaldirektion für nationale Sicherheit (DGSN) zufolge „beteiligten sich 78 Personen mit Küchenwerkzeugen bewaffnet an einer gewaltsamen Auseinandersetzung und stürmten anschließend die Pforte des Wohnheims in dem Versuch, die Regeln der gesundheitsbedingten Ausgangssperre zu verletzen.“ Die Ordnungskräfte feuerten Gummigeschosse ab; ein Migrant wurde verletzt.

Neben den behördlich veranlassten Zwangsumsiedlungen wurden Migrant/innen

auch zur Räumung ihrer Wohnungen gezwungen. „Weil sie mit ihrer Mietzahlung im Rückstand waren, wurden sie von den Vermietern hinausgeworfen, völlig illegal und ohne das geltende Verfahren einzuhalten“, schildert Sara Soujar. „Die Vermieter wollten sie nur loswerden und haben einen Vorwand gefunden“, bedauert sie.

Allgemein befinden sich diejenigen Migrant/innen, die auf Kontakt zur Außenwelt angewiesen waren, derzeit in sehr prekären Verhältnissen.

„Die Mehrzahl der Migrant/innen erwirtschaftet ihren Verdienst im informellen Sektor oder durch Betteln. Durch die Ausgangssperre stehen sie nun ohne Einnahmen da“, erklärt unsere Gesprächspartnerin. Wer keine Aufenthaltserlaubnis vorweisen kann, dem wird die von den kommunalen Behörden gewährte Ausgangsbewilligung vorenthalten. „Das führt zu Problemen. Gehen sie hinaus, dann werden sie unter Umständen festgenommen, gehen sie nicht hinaus, haben sie nichts zu essen“, gibt Sara Soujar zu bedenken.



Crédit : Yassine Toumi

Migrant/innen ohne Papiere erhalten de facto keine staatlichen Hilfsgelder. Also leben sie von Lebensmittelpenden, die von den Hilfsorganisationen verteilt werden. Die gemeinnützigen Organisationen „können nicht mehr die gesamte Nachfrage decken, die riesig ist“, berichtet unsere Gesprächspartnerin. „Den Vereinen und Verbänden, die im Migrationsbereich aktiv sind, stehen nur sehr bescheidene Mittel zur Verfügung, die sehr begrenzt sind im Verhältnis zum tatsächlichen Bedarf“, erläutert sie. „Das gilt für ganz Marokko“.

„Die Regierung hat sich mit keinem Wort zu den Migrant/innen geäußert“, wundert sich Mehdi Alioua, obwohl die Mehrzahl von ihnen, wenn auch in unterschiedlichem Maße, „im humanitären Notstand“ lebt, sagt er.

Drei Gruppen von Migrant/innen sind besonders vom Gesundheitsnotstand betroffen. „Da sind zunächst diejenigen, die gerade angekommen oder vor weniger als einem Jahr angekommen sind. Sie halten sich in der Regel im Norden des Landes auf, teilweise auch anderenorts, zum Beispiel im Süden. Sie harren in Gruppen an den Grenzen aus und hoffen ursprünglich darauf, so schnell wie möglich nach Europa zu gelangen. Sie haben nichts, und haben es nicht darauf angelegt, sich zu integrieren, es gibt also kaum Beziehungen zwischen ihnen und den Marokkanern. Sie leben im Wesentlichen in kleinen Gruppen in den Wäldern um Nador oder Tanger. Mit der Zeit landen sie schließlich verstreut in den Städten, denn das Überleben an den Grenzen ist extrem schwer, und zudem werden sie häufig von den Behörden zwangsumgesiedelt“, erklärt er.

„Diese Gruppe leidet die größte Not“, sagt Mehdi Alioua warnend, „denn diese Menschen hatten schon mit Beginn der Ausgangssperre nichts mehr zu essen und lebten praktisch nur noch von Almosen. Diese Kategorie befindet sich in Marokko gleichsam in der Schwebe, denn für sie ist das Land nur eine Durchgangsstation“.

Die zweite, stark vom Notstand bedrohte Kategorie „ist aus der ersten hervorgegangen, hat aber im Laufe der Zeit Mittel und Wege gefunden, sich

dauerhafter niederzulassen. Diese Gruppe ist in den Städten wesentlich stärker präsent. Sie sind in Not, weil sie noch nicht allzu lange im Land sind, in manchen Fällen einige Jahre, wobei ihre Integration nicht einfach ist. Sie üben häufig Gelegenheitsjobs im informellen Sektor aus, leben von dem, was sie zusammentragen können, teilweise auch vom Betteln. Ihre Not rührt daher, dass sie nur sehr geringe Einkünfte haben; eine zweimonatige Ausgangssperre ist damit zu lang für sie“, führt der Soziologe aus.

Diese Kategorie von Migrant/innen mag zwar den „klassischen Weg der Integration“ bereits eingeschlagen haben, jedoch „mit all den Schwierigkeiten, die bedingt sind durch den Rassismus gegen Schwarze in Marokko, und zusätzlich den Problemen der Gelegenheitsarbeit. Manche von ihnen haben ihre Vorstellung von einem Leben in Europa niemals wirklich aufgegeben. Manche verlängern ihren Aufenthalt hier in der Absicht, erneut aufzubrechen“.

Die ersten beiden Kategorien sind Migrant/innen, die sich illegal in Marokko aufhalten. Die dritte Kategorie wiederum besteht aus „Migrant/innen, die schon sehr viel länger im Land sind. Die meisten von ihnen erhielten während der Legalisierungswellen von 2014 und 2016 einen Aufenthaltstitel. Um den legalen Status zu erlangen, mussten die Antragsteller/innen entweder zwei Jahre ununterbrochene Erwerbstätigkeit oder einen fünfjährigen ununterbrochenen Aufenthalt in Marokko nachweisen. Manche von ihnen sind bereits seit zehn Jahren im Land. Diesen Leuten ist es gelungen, ihr Leben hier alleine zu meistern, auch wenn die Mehrzahl von ihnen in den 2000er-Jahren hier ankam, um nach Europa zu gelangen, sich dann jedoch zum Bleiben entschloss“, erläutert Mehdi Alioua.

Die dritte Kategorie hat im Vergleich „den ersten Monat der Ausgangssperre noch am besten überstanden, länger als einen Monat zuhause auszuharren, ist für sie jedoch nicht möglich. Sie haben viele Gemeinsamkeiten mit den marginalisierten Gruppen von Einheimischen. Einige von ihnen haben Aufnahme in das medizinische Versorgungsprogramm RAMED gefunden, manche sind sogar in der CNSS (Caisse nationale de sécurité sociale) sozialversichert.

Trotzdem haben sie große Schwierigkeiten, staatliche Hilfsgelder zu erhalten“, berichtet er. Denn obgleich viele von ihnen inzwischen regulär in Marokko leben und arbeiten, „mussten sie feststellen, dass ihre Papiere inzwischen abgelaufen sind, da die Legalisierungswellen zwischen März und Juni [2014 und 2016] stattfanden und längstens bis 2020 gelten“.

„Dies sind, kurz gesagt, die drei schutzbedürftigsten Kategorien von Migrant/innen, wobei das Ausmaß der Schutzbedürftigkeit vom Grad der Integration abhängt“, erklärt der Soziologe.

Mehdi Alioua und auch die Organisation GADEM setzen sich für ein Moratorium der geltenden Regelung in Gesetz Nr.°02-03 betreffend die Einreise und den Aufenthalt von Ausländern im Königreich Marokko sowie die illegale Zu- und Abwanderung ein. „In gewisser Weise muss der Staat jede ausländische Person auf seinem Staatsgebiet automatisch als legalisiert und im Besitz des Aufenthaltsrechts anerkennen, zumindest während der Dauer des Gesundheitsnotstands. Es geht also darum, nicht mehr den Aufenthaltstitel zu kontrollieren, sondern ein beliebiges Ausweisdokument“, empfiehlt er, insbesondere da „viele der Moqaddems nicht bereit waren, Ausgangsbewilligungen auszustellen, sogar im Falle von Menschen mit legalem Aufenthaltsstatus, in deren Falle lediglich Dokumente abgelaufen waren“, und „Banken und Bargeldtransferdienste sich weigerten, Geschäftsvorgänge für Migrant/innen auszuführen, deren Papiere nicht in Ordnung waren“.

Alioua kämpft auch für die Berechtigung von Migrant/innen, staatliche Hilfsgelder zu beziehen. „Es ist so weit gekommen, dass die Leute nur noch alle drei Tage ein oder zwei Mahlzeiten zu sich nehmen. Der Hunger macht ihnen zu schaffen. Die Lage ist dramatisch“, warnt er. „Es wirkt fast so, als hätte man ihnen den legalen Status verliehen, um sie anschließend im Stich zu lassen. Sie fühlen sich vernachlässigt und ignoriert“, kritisiert der Soziologe, für den es zuallererst darum geht, „die Menschen vor dem Hunger zu bewahren. Ich schätze die vom humanitären Notstand betroffenen Personen

auf fast 20.000. Einen Betrag von jeweils 800 Dirham (ca. 74 Euro) für 20.000 Personen zu bewilligen, dürfte den [für die Bewältigung der Pandemie bereitgestellten zweckgebundenen] Fonds nicht aus dem Gleichgewicht bringen“.

Mangels staatlicher Beihilfen bleiben den von der Zwangslage betroffenen Migrant/innen nur Almosen, großzügige private Spender und die solidarische Hilfe aus der Bevölkerung. „Die Schutzbedürftigkeit gilt für alle, für Ausländer genauso wie für Einheimische“, sagt Mountaga Diop, Projektkoordinator für den internationalen Roten Halbmond und Vorsitzender des interkulturellen Vereins Kirikou, der eine Krippe in Rabat betreibt. Demgegenüber ist die Lage der vom Kontakt mit der Außenwelt abhängigen Migrant/innen, „die um ihren Lebensunterhalt zu verdienen normalerweise auf die Straße gehen, schwieriger geworden“, merkt er an.

Um ihnen dabei zu helfen, die Notlage zu überstehen, verteilt der Verein Kirikou Lebensmittelspenden für die am stärksten Benachteiligten. „Nach allem, was uns die Spendenempfänger erzählen, gibt es eine große Solidarität gerade von Seiten der marokkanischen Familien in den einfachen Wohnvierteln“, betont Mountaga Diop. Er hat zudem beobachtet, dass es zwar „hartnäckige Vermieter gibt, die weiterhin ihre Miete einfordern, aber auch andere, die sich vorbildlich verhalten. Sie lassen sich darauf ein, keinen Druck auf ihre Mieter auszuüben und das Ende der Ausgangsbeschränkungen abzuwarten.“ „Es gibt eine größere Solidarität zwischen Marokkaner/innen und Migrant/innen als zuvor. Covid hat den Gemeinsinn und die Solidarität wieder aufleben lassen“, freut sich Diop.

Sollte die Pandemie irgendwann ein Ende nehmen, wird, so hofft er, der positive Trend, der sich im Laufe des Gesundheitsnotstands abgezeichnet hat, fort dauern. „Wir müssen diese Form des Zusammenlebens und der Solidarität bewahren“, wünscht sich Mountaga Diop.

UNSICHTBARE GEWALT

Der Rückzug in die eigenen vier Wände kann sich nur allzu schnell in eine beklemmende und traumatische Erfahrung verwandeln. Dies gilt umso mehr, wenn man mit seinem Peiniger eingeschlossen ist. Seit der Ausrufung des Gesundheitsnotstands machen sich die Interessenverbände Sorgen über den Anstieg der ehelichen und innerfamiliären Gewalt. Das häusliche Umfeld ist als Ort der Gewaltausübung prädestiniert; einer nationalen Erhebung zur Gewalt gegen Frauen des Hochkommissariats für Planung (HCP) von 2019 zufolge sind bei einer Prävalenz von 52% nahezu 6,1 Millionen Frauen davon betroffen.

„In den von familiärer Gewalt geprägten Haushalten steigt beim Einsatz von Isolierungs- oder Quarantänemaßnahmen das Risiko für diese Art von Gewalt tendenziell weiter an, ebenso wie für sexuelle Ausbeutung. COVID-19 dürfte sehr wahrscheinlich Ursache für vergleichbare Tendenzen sein, wie die Erfahrung mit Epidemien wie Ebola und Zika gezeigt hat. In beiden Fällen stieg die Quote der Fälle häuslicher Gewalt“, meldet die Organisation UN-Frauen besorgt in einem Bericht über die Auswirkungen der Epidemie auf Frauen und Mädchen in Marokko. Das Gremium der Vereinten Nationen belegt dies mit ersten Daten aus China, aus denen *„hervorgeht, dass die COVID-19-Epidemie erhebliche Auswirkungen auf Fallquoten von häuslicher Gewalt hat, da die Zahl der im Februar 2020 bei den lokalen Polizeibehörden gemeldeten Fälle sich im Vergleich zum Vorjahreszeitraum verdreifacht hat“.*

Sind Frauen dem öffentlichen Raum entzogen und nur auf den engen häuslichen Rahmen beschränkt, wird die gegen sie verübte Gewalt diffuser und noch schwerer festzustellen. „Durch die Ausgangssperre sind weibliche Opfer von Gewalt ihren Aggressoren rund um die Uhr ausgeliefert; dies ist der Hauptgrund für den

Anstieg der Gewalt, die angefacht wird durch prekäre Verhältnisse und Spannungen, die mit der wirtschaftlichen und gesundheitlichen Belastung einhergehen, von denen die Haushalte in dieser Zeit zusätzlich betroffen sind“, sagt Aïcha Del-Iero von der Initiative „Kollektiv Masaktach“. Sie erinnert daran, dass weibliche Opfer von Gewalt während der Ausgangs- und Kontaktsperre *„seltener Zugang zur Außenwelt oder zu den Haushalten ihrer Verwandtschaft haben, da das Verlassen des Hauses auf Grundlage behördlicher Genehmigungen geschieht, die im Allgemeinen auf den Namen des Mannes“* in seiner Eigenschaft als Familienoberhaupt „ausgestellt werden.“ Die Frauen sind daher „noch stärker destabilisiert angesichts der verschiedenen Formen von Gewalt, denen sie während der Ausgangssperre ausgesetzt sind. Sie können auch weniger Abstand von ihren aktuellen Lebensumständen gewinnen, ganz zu schweigen von dem erhöhten Risiko, das in ihrer Situation damit verbunden ist, wenn sie versuchen sollten, bei einer Notrufzentrale oder einer Hilfsorganisation für Frauen in Not anzurufen“, warnt sie.

Sie verweist darauf, dass es weniger Strafanzeigen wegen Gewalt gegen Frauen gegeben hat – um ein Zehnfaches liegen die Anzeigen unter dem bisherigen Monatsdurchschnitt, und so ruft die marokkanische Staatsanwaltschaft ihre Beamten unvermindert zur Wachsamkeit auf. So genannte „grüne Nummern“, Hilfstelefone und Notfallhilfen wurden eingerichtet und von UN-Frauen in einer Liste zusammengestellt. Der marokkanische Frauenverband (UNFM) hat im Januar die Kampagne Kolonamaak („Wir sind an Deiner Seite“) ins Leben gerufen, die während der Ausgangssperre aktiv ist. Sie beruht auf einem landesweiten Netzwerk von Telefondiensten, psychologischer Betreuung und juristischer Vertretung in den zwölf Regionen des Königreichs,

in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit Psychologen/innen, Sozialarbeiter/innen, der Staatsanwaltschaft, der Generaldirektion für nationale Sicherheit (DGSN) und der königlichen Gendarmerie. Andere Organisationen, die sich für Frauenrechte einsetzen, haben vergleichbare Maßnahmen ergriffen, wie beispielsweise der Dachverband der Liga für Frauenrechte (FLDF), die Union für feministische Aktion (UAF), oder der marokkanische Verband für die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen (AMVEF), die zweckgebundene Telefonnummern für die Betreuung, Orientierungshilfe und Unterstützung von Frauen eingerichtet haben, die während des Gesundheitsnotstands Opfer von Gewalt geworden sind.

„Das erhöhte Risiko von Gewaltanwendungen wurde in einer Reihe von Ländern beobachtet, die über geeignete Kapazitäten verfügen, um dieses Phänomen zu erfassen. In Marokko sind wir noch nicht in der Lage, Zahlen vorzulegen, die als Nachweis für die zunehmende Gewalt dienen; auf die Zahlenangaben zu den bislang erstatteten Strafanzeigen können wir uns nicht verlassen“, so die Ansicht von Aïcha Dello.

Vor einigen Wochen hatte das Kollektiv #Masaktach ein Forum für Leidensberichte von Frauen eingerichtet, die während des Gesundheitsnotstands Opfer von Gewalt geworden sind. Während frühere Kampagnen, insbesondere zur Problematik von sexuellen Übergriffen, Opfer ermutigt und etliche Rückmeldungen in Form von persönlichen Berichten ausgelöst hatten, gab es für dieses Forum *„bislang keinen einzigen Beitrag“*, bekennt unsere Gesprächspartnerin. *„Könnte das der Beweis dafür sein, dass die von der Kontaktsperre betroffenen Frauen keinerlei Gewaltakte während des Sperrzeitraums erlebt haben? Mit einer solchen Schlussfolgerung würden wir es uns zu leicht machen, und wir fordern die Bürger/innen, die Zivilgesellschaft und den Staat dazu auf, dieselbe kritische Haltung angesichts der aktuellen Situation einzunehmen, denn sie ist alles andere als gewaltfrei“*.

Mangels verlässlicher Zahlen oder Daten bleiben nur die Beobachtungen, die mehr oder weniger auf das persönlich Erlebte zurückzuführen sind. Einer auf Twitter initiierten Umfrage des Kollektivs #Masaktach zufolge sind 70 Prozent der Befragten der Ansicht, dass die Gewalt gegenüber Frauen während der Ausgangssperre zugenommen hat, mehr als 46 Prozent sind der Ansicht, die Ausgangssperre habe nicht dazu geführt, dass die Hausarbeit zu gleichen Teilen von Frauen und Männern übernommen werde, und 45 Prozent halten es nicht für realistisch, dass die Ausgangssperre ermöglicht hat, dass Frauen und Männern sich die Kindererziehung geteilt haben. Mehr als 84 Prozent sind der Ansicht, dass das Thema Gewalt gegen Frauen während der Gesundheitskrise eine der Prioritäten bleiben sollte, jedoch sprechen sich weniger als 58 Prozent dafür aus, eine Geschlechterdifferenzierung bei der Kontrolle und Nachverfolgung der COVID-19-Zahlen vorzunehmen.



„Ich möchte vor allem daran erinnern, dass die Umfrage noch nicht abgeschlossen ist. Wir warten derzeit noch auf die endgültigen Zahlen, bevor wir Schlussfolgerungen ziehen können“, sagt Aïcha Del-lero; es sei jedoch „immer wieder überraschend, die Reaktion der InternetnutzerInnen zu diesem Thema zu erleben. Wir neigen dazu, zu glauben, dass eine Plattform wie Twitter Personen anspricht, die dieselben Interessen haben, dieselben Werte teilen, und manchmal verleitet uns das zu der Erwartung, dass die Antworten alle sehr ähnlich ausfallen werden.“ Sie verweist auf das Beispiel der prioritären Behandlung des Themas Gewalt gegen Frauen während der Ausgangssperre. „Diese Zahl hat mich persönlich am meisten überrascht“, sagt sie. „Ich dachte, die Antwort auf diese Frage würde dermaßen einhellig ausfallen, dass es sich nicht lohne sie zu stellen - das war ein Irrtum“.

Für die feministische Aktivistin zeigt die noch nicht ganz abgeschlossene Umfrage „uns schon jetzt, dass es auch in den sehr „homogenen“ Nischen der Gesellschaft viele gegensätzliche Meinungen zu grundlegenden Themen wie den Frauenrechten gibt.“ Und der Umstand, „eine derart geteilte Resonanz zu erhalten, ermöglicht es, zumindest eines der Ziele dieser Umfrage zu verwirklichen, nämlich die erforderlichen Maßnahmen hervorzuheben, die von der Zivilgesellschaft und vom Staat in punkto Sensibilisierung für und Vorbeugung von Gewalt gegen Frauen ergriffen werden müssen“, hofft sie.

„Der Staat müsste diese Krisenzeit nutzen, um die Sensibilisierung für Geschlechterfragen in sämtliche der von ihm ergriffenen Maßnahmen zu integrieren“, so die Ansicht von Aïcha Del-lero, denn „wir

können nicht mit dem Anspruch herangehen, vom Staat eine der weiblichen Bevölkerung angemessene Reaktion auf die Gesundheitskrise zu fordern, wenn die zugrunde liegenden Zahlen und Daten nicht einmal geschlechterdifferenziert erhoben werden“.

Um Gewalt gegen Frauen bekämpfen zu können, empfiehlt das Kollektiv #Masaktach, „wesentlich weitreichendere Sensibilisierungs-, Präventions- und Sanktionsmaßnahmen im Hinblick auf die an Frauen verübte Gewalt zu ergreifen.“ Eine Vorstufe wäre der Anstoß von „Überlegungen zur Definition, die wir dem Begriff „Gewalt“ zuschreiben. Sprechen wir von Gewalt gegen Frauen, dann denken wir, durchaus zutreffend, an physische Gewalt, die den Frauen von ihren Partnern oder ihren Angehörigen zugefügt wird. Die im Rahmen der Umfrage gestellten Fragen sollen dazu dienen, diese Überlegungen weiter voranzutreiben, um auch andere Arten von Gewalt in Betracht zu ziehen wie beispielsweise Mobbing oder die psychische Belastung infolge der Verantwortung, die sich die Frauen während der Ausgangs- und Kontaktsperre zusätzlich aufbürden, in den meisten Fällen ohne dafür irgendeine Anerkennung zu erhalten“, sagt Aïcha Del-lero.

„Jetzt bietet sich die Gelegenheit, enger mit der Zivilgesellschaft zusammenzuarbeiten und das Vertrauen der Bevölkerung, vor allem der weiblichen Bevölkerung, für einen effizienten Umgang mit der Gesundheitskrise zu gewinnen“, hofft sie.



FAZIT

Die Verlängerung der Ausgangssperre um weitere zwanzig Tage dürfte den Alltag der vom Gesundheitsnotstand betroffenen Bevölkerungsgruppen nicht verbessern. Diejenigen, die zur Immobilität verurteilt sind, bleiben von Kontakten und Austausch ausgeschlossen, sind also ohne Einkommensquelle, während die anderen draußen ihrer Arbeit unter denselben Bedingungen und mit unverändertem Infektionsrisiko nachgehen. Das gleiche gilt für diejenigen, denen vielfach und in unterschiedlicher Form Gewalt angetan wird, zuhause, im Verborgenen.

Die Schutzbedürftigkeit, obwohl nicht ausschließlich davon bestimmt, ist eng mit dem (gesundheitlichen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen) Kontext verknüpft. Mit der Verschlechterung der sozio-ökonomischen Lage, dem Druck, der auf den am stärksten Benachteiligten lastet, dem schwindenden Interesse der Öffentlichkeit für altbekannte Probleme (Gewalt gegen Frauen, Rassismus etc.) und den neuen Zwängen, die durch Abstands- und Kontaktregeln entstehen, erhöht sich die Schutzbedürftigkeit noch, wie durchaus zu erwarten war. In bestimmten Fällen überlagern und verstärken sich die Aspekte der Verletzlichkeit gegenseitig.

Ohne ausdrücklich zweckgewidmete Maßnahmen für die genannten gesellschaftlichen Gruppen und ohne zielgerichtetes Handeln unter Berücksichtigung ihrer Schutzbedürftigkeit(en) bleiben diesen Gruppen nur die eigene Widerstandsfähigkeit, die eigenen individuellen oder kollektiven Ressourcen, um die Pandemie und die von ihr bedingten neuen Lebensumstände zu überwinden oder zumindest zu überleben.

HEINRICH BÖLL STIFTUNG
RABAT
Marokko

Impressum

Autor: Reda Zaireg

Herausgeberin: Heinrich-Böll-Stiftung RABAT - Marokko

Koordination: Loubna El Yousfi

Veröffentlichungsdatum: Mai 2020

Layout und Druck: GraphoPub

Copyright photo: Yassine Toumi



Diese Publikation wird unter den Bedingungen einer Creative-Commons-Lizenz veröffentlicht: <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de> Eine elektronische Fassung kann heruntergeladen werden. Sie dürfen das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen. Es gelten folgende Bedingungen: Namensnennung: Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt). Keine kommerzielle Nutzung: Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden. Keine Bearbeitung: Dieses Werk darf nicht bearbeitet oder in anderer Weise verändert werden.



Heinrich Boll Stiftung Rabat - Marokko

The Green Political Foundation

17 Rue Tiddas, 10010 Rabat, Maroc

05 37 20 20 93/94 ma-info@ma.boell.org ma.boell.org